



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74099

Fax 030 227 – 76125

E-Mail: brigitte.zypries@bundestag.de

Berlin / Darmstadt, 11. April 2014

Deutlich mehr Geld für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit

Auch die Jobcenter in Darmstadt und im Landkreis profitieren durch

zusätzliche Mittel in Höhe von 1,25 Millionen Euro

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles wird deutlich mehr Geld für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung stellen. Ein entsprechender Vorschlag wurde im Rahmen der jetzt laufenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag eingebracht. Insgesamt sollen in den kommenden vier Jahren die Mittel für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit um insgesamt 1,4 Milliarden Euro aufgestockt werden. Für 2014 ist dies ein Mehr von 325 Millionen Euro.

„Auch das Jobcenter der Wissenschaftsstadt Darmstadt erhält für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen im laufenden Jahr zusätzliche Mittel von mehr als 580.000 Euro, die Kreisagentur für Beschäftigung des Landkreises Darmstadt-Dieburg 670.000 Euro“, teilt die Darmstädter SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Brigitte Zypries mit. „Damit setzen wir nach jahrelangen Kürzungen in diesem Bereich endlich eine Trendwende in Gang. Das nützt vor allem den Langzeitarbeitslosen, die nun deutlich mehr Chancen auf Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Vermittlung eines Arbeitsplatzes, und damit auf Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben erhalten“, so Brigitte Zypries.

Im März 2014 waren es allein in Darmstadt 3.925 Menschen, die auf die Unterstützung durch Hartz IV angewiesen waren. Im Verhältnis zur Gesamtzeitarbeitslosenzahl stellen die Langzeitarbeitslosen damit eine Quote von 3,4 Prozent. Im Landkreis liegt die Quote bei 3,2 Prozent. Brigitte Zypries: „Diese Menschen dauerhaft in gute Arbeit zu vermitteln – dafür setzt sich die große Koalition unter Federführung von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ein. Die zusätzlichen Mittel sind dazu ein erster wichtiger Schritt.“

Pressemitteilung